

# Niederschrift

## JHA/004/2026

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine  
am 23.04.2026

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

### Anwesend als

#### Vorsitzende:

Frau Birgitt Overesch                      CDU                                      Ratsmitglied

#### Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Frau Sarah Brandt	AfD	Ratsmitglied
Frau Clara Calitri	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Hermine Fischer-Mißfelder	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Tatjana Lücke	SPD	Ratsmitglied
Herr Eike Saatjohann	FDP/UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Bischoff		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr René Dall		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Dirk Holtmann		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Karin Albers		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

#### beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Nina Attermeyer-Jansen                                      Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung (bis 17:38 Uhr - TOP 6)

Frau Andrea Bischoff	Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Frau Lara May	Ausschussmitglied örtlicher Jugendringe
Frau Claudia Raneberg	Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Cosima Rottmann	Jugendamtselternbeirat
Frau Karin Schulz-Bennecke	Ausschussmitglied f. Schulen

**Vertreter:**

Herr Joshua Achterkamp		Stellvertretendes Mitglied (Verpflichtung)
Frau Mareike Janßen		Vertretung für Frau Sylvia Egelkamp
Frau Kimberly Krull	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Mattis Hohdorf
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Frau Claudia Reinke

**Gäste:**

Herr Steffen Höping	Jugend- und Drogenberatung Aktion Selbsthilfe e. V. (TOP 7 - Präsentation)
Frau Anna von Wensiersky	Jugend- und Drogenberatung Aktion Selbsthilfe e. V. (TOP 7 - Präsentation)

**Verwaltung:**

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Medina Atalan	Stab VV II
Frau Jana Droste	Kinder- und Jugendarbeit
Frau Diana Möllers	PV Kinder- und Jugendarbeit und Spiel- und Freizeitflächen
Herr Christoph Welling	Leiter ASD (bis 18:38 Uhr - TOP 11)
Frau Annette Wiggers	Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott	Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Vorsitzende:**

Frau Claudia Reinke                      CDU                                      Ratsmitglied/Vorsitzende

**Mitglieder:**

Herr Mattis Hohdorf                      BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN                      Ratsmitglied/1. stellv. Vorsitzender

Frau Sylvia Egelkamp    Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Frau Sarah Feldkamp    Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung

Frau Mona Gedicke    Interessensvertreterin Jugendteam

Herr Jörg Langhans    Ausschussmitglied f. Richter

Frau Kirsten Lücke-Brüning    Ausschussmitglied f. katholische Kirche

Frau Carla Zachey    AG 78

Frau Overesch eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Herrn Joshua Achterkamp als Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:**

1.                      **Niederschrift Nr. JHA/002/2026 über die öffentliche Sitzung am 04.02.2026**

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2.                      **Niederschrift Nr. JHA/003/2026 über die öffentliche Sitzung am 11.03.2026**

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

### **3. Informationen der Verwaltung**

Herr Gausmann informiert, dass bereits zwei Informationen zur Verfügung gestellt worden seien. Hierzu erläutert er, dass Rückmeldungen der Schulleitungen zu den OGS-Kooperationsvereinbarungen eingegangen seien, die derzeit zur Finalisierung mit den Trägern besprochen würden. Bezüglich der Randzeitenbetreuung, die in der letzten Sitzung für Irritationen gesorgt habe, erklärt er, dass diese aufgrund der Erlasslage nicht mehr als notwendig angesehen worden sei. Da dies jedoch nicht ausreichend mit den Schulleitungen und Eltern kommuniziert worden sei, habe man die Entscheidung zurückgenommen. Für das Schuljahr 2026/2027 werde das Betreuungssystem daher wie bisher aufrechterhalten. Hinsichtlich der Nachmittagsbetreuung nach 16:00 Uhr werde eine Bedarfsabfrage durchgeführt, um die Planung entsprechend anzupassen.

Weiter berichtet er, dass die erste Inklusionskonferenz am 12. Mai 2026 stattfinde. Diese sei in einer längeren Vorbereitungsphase organisiert worden. Die nächste Konferenz sei für den 12. Oktober 2026 geplant. Die Veranstaltung am 12. Mai 2026 werde als Halbtagesveranstaltung durchgeführt und biete die Möglichkeit, sich intensiv mit der Teilhabe und dem Zusammenleben von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung auseinanderzusetzen.

Zudem informiert er über eine Auszeichnung des Familienbeirats durch das Bundesministerium. Der Familienbeirat werde für seine herausragende Arbeit in der Region Rheine und Umgebung gewürdigt. Die Ehrung, die eine Urkunde und eine Preisverleihung umfasse, finde am 13. November 2026 in Berlin statt. Das Ministerium übernehme die Reise- und Übernachtungskosten für eine Person. Darüber hinaus werde die Stadt Rheine eine zweite Person des Familienbeirats finanziell über einen einzureichenden Dienstreiseantrag unterstützen. Er hebt hervor, dass diese Auszeichnung am Ende der Legislaturperiode des Familienbeirats eine besondere Anerkennung darstelle.

Frau Overesch betont die Bedeutung der Arbeit des Familienbeirats, die durch diese Auszeichnung eine angemessene Würdigung erfahre.

Abschließend berichtet Herr Gausmann von der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz. Dieser habe sich im öffentlichen Teil unter anderem mit dem Aufstellungsbeschluss für eine Jugendfreizeit- und Campinganlage auf dem ehemaligen Amisia-Gelände befasst. Für die öffentlichen Belange dieses Projektes sei das Jugendamt – bestehend aus Jugendamt und Jugendhilfeausschuss – zuständig. Da das Vorhaben von besonderer Bedeutung sei, schlage die Verwaltung vor, dies in der am 18. Juni 2026 geplanten Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zu besprechen. Ziel sei es, die politische Sichtweise zum B-Plan-Entwurf durch Stellungnahmen einzubringen sowie eine Beschlussfassung herbeizuführen.

### **4. Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Einwohnerfragen.

### **5. Informationen aus dem Familienbeirat**

Frau Andrea Bischoff bedankt sich im Namen des Familienbeirates bei Herrn Gausmann für die Informationen zur Auszeichnung sowie bei den Anwesenden für den Applaus. Sie erklärt, dass sie sich über die Unterstützung und die Reise nach Berlin im November freue.

Weiter berichtet sie, dass der Familienbeirat derzeit auf die Neubesetzung warte, jedoch bereits erste Kontakte zum Kinderbeirat geknüpft habe. Sie führt aus, dass bereits eine Zusammenar-

beit begonnen habe und der Familienbeirat am Weltkindertag am 18. September 2026 unterstützend tätig sein werde. Darüber hinaus werde der Familienbeirat am 10. Mai 2026 beim Stadtteilstfest im Dorenkamp vertreten sein, um sich vorzustellen und für seine Arbeit zu werben. Ergänzend erläutert sie, dass Materialien beim Ministerium bestellt worden seien, da der Tag der Familie am 15. Mai 2026 eine geeignete Gelegenheit biete, die Arbeit des Beirats weiter zu präsentieren. Diese Aktivitäten seien Teil der geplanten Maßnahmen für die kommenden Wochen.

**6. Inklusiver Kinder- und Jugendschutz - Hilfen zur Erziehung (HzE) und § 8a - Problemaufriss**  
**Vorlage: 241/26**

Herr Gausmann und Herr Welling stellen die Präsentation (**Anlage 1**) vor.

Frau Overesch führt aus, dass die Vorlage und die Präsentation deutlich machten, wie komplex das System sei, wie viele Herausforderungen zu bewältigen und welche Fallstricke dabei bestünden.

Frau Lücke erklärt, dass die SPD Fraktion Rheine seinerzeit einen Antrag zum inklusiven Kinderschutz gestellt habe, der nun gut aufgegriffen worden sei. Sie erkundigt sich nach der Zusammensetzung und den Zielen der geplanten Projektgruppe, die sich mit dem inklusiven Kinderschutz befassen solle. Weiter führt sie aus, dass es aufgrund der wenigen Inobhutnahmeplätze Anfragen aus ganz Deutschland gebe. Zwar gebe es Wohnplätze für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, diese seien jedoch nicht mit Jugendhilfe und Eingliederungshilfe verzahnt. Sie regt an, Erfahrungen aus anderen Einrichtungen, wie beispielsweise der inklusiven Inobhutnahme-Einrichtung in Dortmund, in die Arbeit der Projektgruppe einzubeziehen.

Frau Krull erkundigt sich nach der Möglichkeit, einem Kind in solchen Fällen einen gesetzlichen Betreuer zuzuweisen, um die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und LWL zu erleichtern.

Frau Antonia Bischoff betont, dass es nicht vom Zufall abhängen dürfe, ob eine geeignete Unterbringung für ein Kind gefunden werde, und regt an, dass die Projektgruppe regelmäßig über Fortschritte im Jugendhilfeausschuss berichten solle. Zudem weist sie darauf hin, dass Inklusion auch in anderen Jugendangeboten, wie Ferienbetreuungen, stärker berücksichtigt werden müsse. In diesem Zusammenhang regt sie an, durch die Arbeitsgruppe möglicherweise mit Unterstützung von Fachkräften und Ehrenamtlichen ein entsprechendes Stärkungsangebot aufzubauen.

Herr Gausmann erläutert, dass die Projektgruppe aus maximal zehn Personen bestehen solle, darunter Vertreter des Arbeitskreises Kinderschutz, Ärzte, die Frühförderstelle sowie weitere Akteure aus dem Bereich der Behindertenhilfe. Ziel sei es, Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, um kurzfristige Anfragen im Kinderschutz besser bewältigen zu können. Zudem geht auf die rechtlichen Möglichkeiten ein, etwa die Bestellung eines Vormunds oder eines Ergänzungspflegers, um die Betreuung von Kindern mit Behinderungen zu verbessern. Die Verwaltung bzw. die Projektgruppe werde sich darüber hinaus langfristig mit der Frage beschäftigen, ob die Einrichtung einer inklusiven Jugendschutzstelle vor Ort, für den Kreis Steinfurt oder für das Münsterland möglich werde.

Auf die Frage von Frau Bischoff antwortet er, dass der letzte Punkt des Beschlussvorschlags bereits eine regelmäßige Information für den Jugendhilfeausschuss vorsehe.

Zur Frage der Kinder- und Jugendarbeit erklärt er, dass der Jugendhilfeausschuss im vergangenen Jahr beschlossen habe, den Kinder- und Jugendförderplan mit dem Schwerpunkt Inklusion

zu beschreiben. Die ehrenamtlichen Mitarbeitenden in der Jugendarbeit seien jedoch nur eingeschränkt in der Lage, angemessen mit Kindern mit Beeinträchtigungen umzugehen. Daher sei vorgesehen, sich im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans damit zu befassen, inwieweit zusätzliche Aus- und Fortbildungen im Bereich Kinderschutz – auch im Hinblick auf die Begleitung dieser Kinder – möglich seien.

Weiter führt er aus, dass der Referentenentwurf – wie bereits beim Vortrag dargestellt – nicht geeignet sei, sämtliche Problematiken zu lösen; vielmehr könnten sich einzelne Aspekte sogar verschärfen.

Auf die Frage von Frau Krull berichtet er, dass es zwei mögliche rechtliche Unterstützungsmaßnahmen gebe. Zum einen könne nach § 1666a BGB ein Antrag auf Entzug des Sorgerechts gestellt werden, wodurch die Bestellung eines Vormunds ermöglicht werde. Zum anderen bestehe die Möglichkeit einer Ergänzungspflegschaft. Diese müsse ebenfalls durch das Familiengericht angeordnet und könne sich beispielsweise gezielt auf die Gesundheitsvorsorge eines Kindes mit Behinderung beziehen. Ebenso sei denkbar, dass ein/eine Ergänzungspfleger/-in ausschließlich organisatorische und bürokratische Aufgaben übernehme. Solche Modelle würden vereinzelt bereits praktiziert. Er kündigt an zu prüfen, ob dieses Thema im Rahmen familiengerichtlicher Verfahren künftig stärker berücksichtigt werden könne. Zudem werde sich die Projektgruppe mit bestehenden gesetzlichen und praktischen Hürden sowie möglichen Lösungsansätzen befassen.

Frau Lücke ergänzt, dass die Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung bereits Schulungen für Ehrenamtliche anbiete, die als Modell für weitere Schulungen genutzt werden könnten. Zudem schlägt sie vor, die Kinderschutzambulanz des Mathias-Spitals in die Netzwerkarbeit einzubeziehen.

Herr Gausmann bestätigt, dass die Kinderschutzambulanz bereits eingebunden sei.

### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Vorlage zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, im Rahmen des Netzwerkes Kinderschutz eine interdisziplinäre Projektgruppe einzurichten, die sich gezielt mit dem Thema Kindeswohlgefährdung bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen befasst.
3. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit zu entwickeln, um insbesondere im Krisenfall ein abgestimmtes und rechtssicheres Handeln zu gewährleisten.
4. Der Jugendhilfeausschuss ist über die weiteren Entwicklungen regelmäßig zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **7. Suchtmittelkonsum von Jugendlichen Vorlage: 250/26**

Frau Wiggers erläutert, dass das Suchtmittel-Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen einem ständigen Wandel unterliege, wodurch neue Konsumformen und veränderte Rahmenbedingungen entstünden. Sie hebt hervor, dass insbesondere Vapes bei Jugendlichen an Bedeu-

tung gewonnen hätten, da diese leicht verfügbar seien, ein ansprechendes Design aufwiesen und die damit verbundenen Risiken häufig unterschätzt würden. Auch Cannabis bleibe ein zentrales Thema, insbesondere aufgrund der rechtlichen Veränderungen, die zahlreiche Fragen aufgeworfen hätten. Sie betont, dass der Konsum für Minderjährige weiterhin verboten sei, zugleich jedoch ein steigender Bedarf an Aufklärung und Orientierung bestehe.

Herr Höping und Frau Wensiersky von der Jugend- und Drogenberatung Aktion Selbsthilfe e. V. sowie Frau Droste von der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Rheine stellen die Präsentation **(Anlage 2)** vor.

Frau Overesch zeigt sich besorgt über das Suchtmittel-Konsumverhalten und beeindruckt von der Bandbreite der Präventionsmöglichkeiten in Rheine. Sie erkundigt sich nach der Einbindung der Förderschulen in die Präventionsarbeit.

Herr Höping erklärt, dass Förderschulen aufgrund ihrer Kreisfinanzierung nicht am SaM-Projekt der Stadt Rheine teilnehmen könnten, jedoch regelmäßig von der Jugend- und Drogenberatung besucht würden.

Herr Beckers erkundigt sich nach der Anzahl der Cannabis-Clubs in der Region sowie nach Präventionsmöglichkeiten in Sportvereinen.

Frau Wensiersky gibt an, dass es in Rheine derzeit keinen aktiven Cannabis-Club gebe, jedoch in umliegenden Städten wie Neuenkirchen und Gronau. Mit dem Club in Neuenkirchen arbeite man bereits zusammenarbeiten.

Herr Höping lobt die Idee, Prävention in Sportvereinen anzubieten, weist jedoch auf die begrenzten personellen Ressourcen hin.

Frau Schulz-Bennecke betont die Wichtigkeit der Präventionsarbeit an Schulen und bittet darum, dort keine personellen Ressourcen zugunsten von Angeboten in Sportvereinen abzuziehen.

Frau Fettich äußert Besorgnis über die leichte Verfügbarkeit von Suchtmitteln und erkundigt sich nach der Verankerung der Präventionsarbeit in den Lehrplänen.

Frau Wensiersky erklärt, dass Suchtprävention in den Lehrplänen vorgesehen sei, die konkrete Umsetzung jedoch den Schulen überlassen bleibe.

Herr Höping ergänzt, dass ihre Präventionsarbeit auch über die Eltern erfolge. Gleichzeitig werde es zunehmend schwieriger, Eltern zu erreichen, da Elternabende an Schulen immer seltener besucht würden.

Frau Lücke thematisiert Mehrfachabhängigkeiten, insbesondere in Verbindung mit Mediensucht und dem Konsum von Energydrinks.

Herr Höping bestätigt, dass Mediensucht ein wachsendes Problem darstelle, das häufig mit dem Konsum weiterer Substanzen einhergehe, um längere Mediennutzung zu ermöglichen.

Frau Schulz-Bennecke regt an, die beiden Programme „SaM“ und „Medienscout“ auf Themenüberschneidungen zu prüfen, damit die Ausbildungsdauer des SaM-Programms nicht verlängert werden müsse.

Frau May gibt an, dass im Rahmen der JuLeiCa-Schulung (Jugendleiterinnen- und Jugendleiter-Card NRW) des Stadtjugendringes häufig die Frage gestellt werde, wie mit Jugendlichen umzugehen sei, die Suchtmittel mit sich führten, und wie ein Bewusstsein für neue Suchtmittelarten,

beispielsweise Nikotin-Zahnstocher, geschaffen werden könne. Sie fragt, ob es angesichts der Schnelligkeit neuer Trends sinnvoll sei, gezielt über diese aufzuklären.

Frau Janßen regt an, Präventionsangebote in Grundschulen einzuführen, da der Konsum von Vapes dort bereits ein Thema sei.

Herr Gausmann weist darauf hin, dass die Entwicklung neuer Suchtmittel sowie deren Verweildauer stark marktorientiert seien und Präventionsmaßnahmen dieser Entwicklung häufig zeitlich hinterherhinken. Er betont die Bedeutung der Elternarbeit und verweist zugleich auf die begrenzten Ressourcen für zusätzliche Präventionsangebote.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zum Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen zur Kenntnis.

**8. Resolution zur geplanten Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) vom 27.01.2026  
Vorlage: 237/26**

Frau Overesch informiert, dass der Jugendhilfeausschuss sich bereits in der vergangenen Sitzung mit der Resolution zur geplanten Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) beschäftigt habe. Die von der gebildeten Arbeitsgruppe erarbeiteten Ergebnisse würden vorliegen.

Herr Gausmann berichtet, dass sich die Arbeitsgruppe bereits intensiv mit der Thematik des KiBiz beschäftigt habe und die nun vorliegende Resolution die dort erarbeiteten Inhalte aufgreife. Ergänzend habe es zuletzt noch Hinweise an das Jugendamt gegeben, da es im Rahmen des KiBiz einzelne Anpassungen beziehungsweise Entwicklungen gegeben habe. Er betont jedoch, dass die gemeinsam erarbeitete Resolution in keiner Weise den Auffassungen des Ministeriums in Düsseldorf widerspreche. Daher könne die Resolution guten Gewissens auf den Weg gebracht werden. Diese Vorlage könne, vorbehaltlich der heutigen Zustimmung, in die nächste Ratssitzung eingebracht werden.

Frau Lücke betont, dass die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Resolution konstruktiv verlaufen sei und das Ergebnis über das im letzten Jugendhilfeausschuss Besprochenen hinausgehe.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die im Anhang befindliche Resolution zur geplanten Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) vom 27.01.2026 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen  
Vorlage: 249/26**

Frau Wiggers führt aus, dass die vorliegende Vorlage die Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen in Rheine strukturell verankern solle. Sie verweist auf die rechtlichen Grundlagen, insbesondere § 27a der Gemeindeordnung NRW, der die aktive Einbeziehung junger Menschen als gesetzliche Verpflichtung der Kommunen festlege. Zudem nennt sie § 5 Abs. 1 Nr. 11 des Ausführungsgesetzes NRW, der die Entsendung beratender Mitglieder aus Jugendselfstvertretungen in den Jugendhilfeausschuss vorsehe. Sie betont, dass Rheine bereits eine lange Tradition der Kinder- und Jugendbeteiligung habe, insbesondere bei der Gestaltung von Spiel- und Freizeitflächen sowie im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans. Sie hebt hervor, dass die geplante Dachorganisation von Anfang an gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen entwickelt werden solle, um eine echte Partizipation zu gewährleisten.

Frau Krull erkundigt sich nach der Unterstützung beim Aufbau der geplanten Dachstruktur und fragt, wie die Beteiligung konkret gestaltet werden solle, da viele Jugendliche nicht wüssten, wie sie sich einbringen könnten.

Frau Lücke lobt die bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten in Rheine, merkt jedoch an, dass es noch Verbesserungsbedarf beim Heranführen junger Menschen an politische Prozesse gebe. Sie schlägt vor, Initiativen wie Demokratiebusse oder die direkte Begleitung durch Politiker zu prüfen, um das Interesse junger Menschen an kommunalpolitischer Arbeit zu fördern.

Frau Antonia Bischoff schließt sich der positiven Bewertung der bisherigen Beteiligungsarbeit an und berichtet von ihren eigenen positiven Erfahrungen. Sie weist jedoch darauf hin, dass sich viele Kinder und Jugendliche trotz der bestehenden Angebote nicht ausreichend wahrgenommen fühlten. Sie regt an, die Angebote besser zu bündeln und bekannter zu machen, um eine breitere Zielgruppe zu erreichen.

Herr Holtmann betont, dass die geplante Dachstruktur bestehende Strukturen nicht beeinträchtigen solle. Er fordert, dass dies bei der Ausgestaltung der neuen Struktur berücksichtigt werde, um eine sinnvolle Ergänzung zu gewährleisten.

Frau Wiggers geht auf die Frage der Unterstützung ein und erklärt, dass ein hohes Maß an Eigenbestimmung und Eigenentwicklung angestrebt werde. Die Begleitung solle lediglich einen Rahmen setzen, um realistische und umsetzbare Ideen zu fördern, ohne die Eigeninitiative der Jugendlichen einzuschränken. Sie betont, dass eine echte Beteiligung und keine Pseudobeteiligung angestrebt werde.

Herr Gausmann ergänzt, dass eine Mitarbeiterin im Bereich Kinder- und Jugendschutz als Ansprechpartnerin für die Partizipation fungieren werde. Ziel sei es, eine demokratisch legitimierte Beteiligung zu schaffen, die interessengeleitet und nicht parteipolitisch geprägt sei. Er verweist auf die Bedeutung demokratischer Prozesse, die bereits in der Schule beginnen würden, und kündigt an, dass ein Zwischenbericht und die Umsetzung der Maßnahmen zeitnah erfolgen sollen.

Frau Fettich erkundigt sich nach einer Zeitschiene für die Umsetzung der Maßnahmen und betont, dass die Motivation der Jugendlichen aus den Jugendforen genutzt werden solle, um zeitnah Fortschritte zu erzielen.

Herr Gausmann erklärt, dass es sich um einen Dauerprozess handle, da die Zielgruppe der Jugendlichen einem ständigen Wechsel unterliege. Er kündigt an, dass mit der Verabschiedung des Kinder- und Jugendförderplans bis November dieses Jahres erste Strukturen entwickelt werden sollten, um die Dynamik der Beteiligung aufrechtzuerhalten.

## **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die dargestellten Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche in Rheine zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, den durch Jugendliche initiierten Prozess zur stärkeren Vernetzung bestehender Beteiligungsstrukturen fachlich zu begleiten und zu unterstützen. Ziel des Prozesses ist die Entwicklung einer freiwilligen, von Jugendlichen selbst gestalteten Dachstruktur, welche die bestehenden Beteiligungsformate miteinander verbindet, ohne deren Eigenständigkeit, Inhalte oder Zielgruppen zu verändern.
3. Die Verwaltung berichtet dem Jugendhilfeausschuss regelmäßig über den Stand des Entwicklungsprozesses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Renovierungsliste Freizeitflächen**  
**Vorlage: 254/26**

Frau Wiggers erläutert, dass die Beratung der Vorlage bereits im Unterausschuss Freizeitflächen am 12. März 2026 erfolgt sei. Sie hebt hervor, dass aufgrund eines höheren Renovierungsbedarfs in diesem Jahr eine Priorisierung der Maßnahmen notwendig gewesen sei.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine beschließt, die in der Begründung genannten Spiel- und Freizeitflächen im Haushaltsjahr 2026 zu renovieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Anfragen und Anregungen**

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

**Ende des öffentlichen Teils: 18:38 Uhr**

---

Birgitt Overesch  
Ratsmitglied

---

Andrea Atrott  
Schriftführerin